



Klein, aber
mit Biss!

Information der

KPÖ

Nr. 103 September 2010

www.muerzzuschlag.kpoe.at

Teuerungswelle nach Landtagswahl?

Claudia Klimt-Weithaler: Schluss mit Massensteuern, Reiche müssen end- lich zur Kasse gebeten werden

Nach den Landtagswahlen in der Steiermark und in Wien droht der Bevölkerung ein drastisches Belastungspaket. Auch wenn es die Regierung vermeidet, über Details zu sprechen, ist inzwischen durchgesickert, dass es zu einer Verteuerung der Autobahn-Vignette um beinahe 25 Prozent kommen soll. Das werde wieder genau jene am härtesten treffen, die bereits jetzt unter der Teuerung leiden, betont die steirische KPÖ-



Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler. Die KPÖ lehnt Massensteuern vehement ab, so Klimt-Weithaler, die dem Nationalrat vor einem Jahr über 5000 steirische Unterschriften für

eine Reichensteuer übergeben hat. Die SPÖ

redet vor den Wahlen von einem gerechten Steuersystem, nach den Wahlen wird aber wieder in die Tasche der arbeitenden Menschen gegriffen, die schon jetzt kaum noch über die Runden kommen. Auch die FPÖ hat bereits ausgeschlossen, sich für ein Besteuerung großer Vermögen einzusetzen. Claudia Klimt-Weithaler: *„Die Bevölkerung muss für die Bankenrettung teuer bezahlen, während das Vermögen der österreichischen Superreichen jährlich um 8 bis 10 Prozent wächst. Diese entfesselte Steuerpolitik wird zur Verarmung immer größerer Teile der Bevölkerung führen. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn, mit dem sich die Leute das Leben wieder leisten können. Und wir müssen endlich jene zur Kasse bitten, denen wir die Sparpakete zu verdanken haben. Die arbeitenden Menschen haben die Krise nicht ausgelöst, aber sie sollen jetzt die Rechnung bezahlen, während die Spekulanten weiterhin märchenhafte Gewinne kassieren.“*



Teuerung stoppen!

Die Lebenshaltungskosten sind wieder stark angestiegen. Nicht nur Wohnen und Treibstoffpreise sind wieder auf höchstem Niveau: Auch die Lebensmittelpreise in den Geschäften sind hoch wie nie. Nun hört man, dass an den Rohstoffbörsen mit Weizen, Reis, Kaffee und vielen anderen Gütern des täglichen Bedarfs spekuliert wird, was dann oft auch als Vorwand für Preiserhöhungen herhalten muss. Die KPÖ ist für eine amtliche Preisregelung bei Gütern des täglichen Lebensbedarfs und für ein Verbot der Spekulation mit lebensnotwendigen Gütern.

~~KPÖ~~ Klimt-Weithaler
KPÖ Liste 3
wirkt



Eine Bitte...

Die Landtagswahl am 26. September ist sehr wichtig. Es geht nämlich darum, ob die KPÖ weiterhin dort vertreten ist. Warum ist die KPÖ im Landtag notwendig?

Der Erhalt und Ausbau der Chirurgie im LKH Mürzzuschlag ist in erster Linie der KPÖ-Fraktion im Landtag zu verdanken. Mit dem Antrag, die chirurgischen Abteilungen in Mürzzuschlag und in Bad Aussee, nicht zu schließen sondern auszubauen wurde der Absicht von KAGES und SPÖ eine saftige Abfuhr erteilt.

In der abgelaufenen Periode haben die KPÖ-Landtagsabgeordneten Ernest Kaltenegger, Claudia Klimt-Weithaler, Renate Pacher und Werner Murgg sich mit großem Einsatz für die arbeitenden Menschen, für Pensionistinnen und Pensionisten, für Menschen, die sich in Notlage befanden, eingesetzt. Die Mandatarinnen und Mandatare haben einen großen Teil ihres Bezuges in einen Sozialfond gegeben.

Die KPÖ schaut den anderen Parteien auf die Finger. Es ist dort wie überall: SPÖ und ÖVP führen vor der Wahl das große Wort, machen Versprechungen und führen sich auf wie Hund und Katz. Nach der Wahl sind sie wieder die besten Freunde und beschließen gemeinsam Belastungen für die Mehrheit der Bevölkerung. Jede Stimme für die KPÖ ist daher auch eine Stimme gegen diese Politik.

Die neue Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler führt die Liste der KPÖ am 26. September 2010 an. Sie ist eine würdige, tatkräftige Nachfolgerin von Ernest Kaltenegger, der sich in den verdienten Ruhestand begibt. Mit Ihrer Stimme können sie mithelfen, dass die KPÖ im Landtag bleibt.

Dies ist auch notwendig, um unsere Arbeit in Mürzzuschlag-Hönigsberg in gewohntem Umfang fortsetzen zu können. Daher bitte ich Sie, der KPÖ am Sonntag die Stimme zu geben.

Gemeinderat Franz Rosenblattl



Land will Wohnbeihilfe kürzen

Nach der Landtagswahl soll die Belastungswelle rollen, wenn es entsprechende Mehrheiten gibt. Auch bei der Wohnbeihilfe. Das haben SPÖ und ÖVP schon erkennen lassen. Die SPÖ ist gegen eine Wertsicherung der Wohnbeihilfe. Und die ÖVP will sogar zur „Wohnbeihilfe alt“ zurückkehren. Das bedeutet, dass die Betriebskosten nicht mehr eingerechnet werden. **KPÖ-Gemeinderat Franz Rosenblattl: „Wohnen ist ein Menschenrecht. Man sollte bei den SpekulantInnen sparen und nicht bei den MieterInnen und Mietern“.** Die Wohnbeihilfe des Landes ist schon seit



Jahren nicht mehr erhöht und der Inflation angepasst worden. Das hat negative Folgen. Ein Fall aus Judenburg hat Schlagzeilen gemacht: Ein Voest-Alpine Pensionist erhielt heuer eine Pensionserhöhung von zehn Euro - von 1060 Euro auf 1070 Euro netto im Monat. Die Folge: Der VOEST-Pensionist verliert den Anspruch auf Wohnbeihilfe von 99 Euro, weil er mit der erhöhten Pension den Grenzwert überschritten hat. Nicht nur, dass er die Wohnbeihilfe verliert, „auch die Miete für meine 64-Quadratmeter - Wohnung ist um 16 Euro teurer geworden. Und jetzt bekommen wir einen Lift, da werden die Betriebskosten weiter steigen.“ Zum Leben bleiben ihm nach dem Wegfall der Beihilfe nur noch 170 Euro im Monat, berichtet die Kleine Zeitung. Laut KPÖ haben solche Härtefälle System, denn: Das Land schaltet auf stur. Die Wohnbeihilfe wird nicht an die Inflation angepasst. Die ÖVP geht noch einen Schritt weiter: Hermann Schützenhöfer schlägt die Rückkehr zur „Wohnbeihilfe Alt“ vor und will bis zu 30 Millionen Euro jährlich auf Kosten der Mieterinnen und Mieter sparen! **Franz Rosenblattl „SPÖ und ÖVP wissen nicht mehr, wie das ist, wenn man jeden Euro zweimal umdrehen muss. Sollen die Leute auf der Straße schlafen oder auf das Essen verzichten, um die Wohnung zu behalten? Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen.“**

KLEIN, ABER MIT BISS



Gegen AUSLÄNDERkriminalität tritt die FPÖ auf Plakaten auf. Wenn sie auch gegen INLÄNDERkriminalität wären, würden viele von ihnen selber ins Gefängnis wandern

„Für Gerechtigkeit!“

KPÖ-Kandidat Werner Murgg im Gespräch



Wir verraten euch nie!

Am 26. September wird ein neuer Landtag gewählt. Derzeit hält die KPÖ vier von 56 Mandaten. Der obersteirische KPÖ-Spitzenkandidat Werner Murgg zieht Bilanz über die Tätigkeit der KPÖ während der vergangenen fünf Jahre im Landtag.

Der Landeshauptmann wirbt mit angeblich großartigen Erfolgen. Was hat die KPÖ vorzuweisen?

Werner Murgg: Wir haben bei unseren Schwerpunktthemen einiges erreicht. Das sind Sozialpolitik, Bildung, Energie, Pflege und die Rechte der Arbeiter und Angestellten im Berufsleben. Wichtige Projekte, wie die Abschaffung der Rückzahlungspflicht, des sogenannten Regresses, bei der Sozialhilfe hätte es ohne uns nicht gegeben, ebenso den Erhalt der Chirurgie im LKH-Mürzzuslag oder den Gratis-Kindergarten. Traurig ist dann nur, wenn man von der zuständigen SPÖ-Landesrätin hört, dass Familien mit mehr als 2.000 Euro im Monat wieder einen Kindergartenbeitrag zahlen sollen und Landeshauptmann Voves den Steirerinnen und Steirern über ein Zeitungsinterview ausrichten lässt, „ständig von allem mehr haben zu wollen, mache nicht glücklich.“ Und das in Zeiten, in denen immer mehr Familien auf Grund von Arbeitslosigkeit oder niederen Löhnen nicht mehr wissen, wie sie ihr Leben finanzieren sollen. Dafür bekommen Konzerne, die hunderte Menschen kündigen und kaum Steuern zahlen Millionen an Wirtschaftsförderung. Das lässt sich mit unserem Gerechtigkeitsempfinden nicht vereinbaren.

Gibt es etwas, das speziell der KPÖ zuzuschreiben ist?

Werner Murgg: Dass die Entscheidungsfristen bei der Sozialhilfe deutlich verkürzt wurden - die Wartezeiten betragen vorher bis zu sechs Monate - beruht ebenso auf unserer Initiative wie die finanzielle Absicherung der Hunderten steirischen Pflegeeltern. Die leisteten bisher eine enorm wichtige Arbeit ganz ohne soziale Absicherung.

Warum soll die KPÖ im Landtag bleiben?

Werner Murgg: Wie in Brüssel stellt auch in Wien und Graz eine mächtige Wirtschaftslobby die Weichen. Wir sind denen nicht hörig und eine Vertretung für alle, die keine Lobby hinter sich haben.

Wir sind das soziale Gewissen im Land und eine verlässliche Kraft, die gegen Ungerechtigkeiten auftritt und ihre Versprechen einhält. Eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Lohnkürzungen sind mit der KPÖ nicht zu machen. Deshalb haben wir beispielsweise im Landtag gegen eine Verschlechterung der

Wir sollen den Gürtel enger schnüren, während Androsch, Meisl & Co immer mehr kassieren.

Werner Murgg

KPÖ wirkt
Liste 3

Arbeitsbedingungen von Kindergärtnerinnen gestimmt. KPÖ-Abgeordnete behalten von ihrem Einkommen als Politikerinnen und Politiker maximal 2.000 Euro und spenden den Rest in einen Sozialfonds. Nur wer sich auch mit seinem Einkommen von der Masse der Bürgerinnen und Bürger nicht entfernt, weiß um deren tatsächliche Lebensumstände Bescheid.

Werner Murgg: „Immer mehr Menschen können sich das Wohnen kaum mehr leisten, weil die Betriebskosten und Mieten ständig steigen. Deshalb müsste die Wohnbeihilfe endlich angehoben werden. Das haben wir im Landtag gefordert. ÖVP und SPÖ haben leider dagegen gestimmt.“

Korruption und Skandale

Bei vielen Skandalen der letzten Monate stecken FPÖ und BZÖ dahinter. Anscheinend haben sich Leute wie Grasser, Meischberger, Rumpold usw. maßlos bereichert und auch Haider kommt ins Gerede. Der Fall Hypo-Alpe Adria stinkt besonders stark. Der frühere Generaldirektor sitzt bereits in Untersuchungshaft. Aber auch bei der steirischen Hypo hat es „Unregelmäßigkeiten“ gegeben. Laut „Falter“ weisen dabei einige Spuren zur ÖVP (Raiffeisen) und zur SPÖ. Hier haben die Leute mit Millionen um sich geschmissen, während immer mehr Menschen nicht mehr wissen, wie sie das tägliche Leben finanzieren können.

Elf gute Gründe, die KPÖ zu wählen

Jede Stimme für die KPÖ ist eine Gewinn für die SteirerInnen – weil die KPÖ als einzige Partei keinen Zwängen aus Wien oder Brüssel unterliegt und nur im Sinn der Menschen handelt.

1. Geben statt nehmen, helfen statt reden

KPÖ-Politiker behalten vom Politeinkommen maximal 2000 Euro pro Monat, der Rest geht in den Sozialfonds. So ging seit 1998 mehr als eine Mio. Euro an Menschen in Not.

2. Soziale Gerechtigkeit

10 % der Bevölkerung besitzen 2 Drittel des Vermögens, aber immer mehr können vom Einkommen nicht leben. Gewinne und Vermögen der Millionäre müssen mittels Reichensteuer umverteilt werden.

3. Gesundheit und Pflege

Pflege und Gesundheit sind so teuer, weil Private damit Geschäfte machen. Beides gehört in öffentliche Hand. Die KPÖ kämpft für ein Verbot des Kleinen Glücksspiels, das Tausende in den Ruin treibt.

4. Frauen

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Nach einer KPÖ-Initiative gibt es Wirtschaftsförderung nur mehr für Betriebe,

die Frauen gerecht entlohnen.

5. Arbeit

Die KPÖ kämpft für einen Mindestlohn von 1600 Euro pro Monat und gegen Profite von Konzernen und Banken zu Lasten der Arbeitenden.

6. Verkehr und Umwelt

Ein für alle leistbarer öffentlicher Verkehr soll durch eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen (wie in Wien) finanziert werden. Bodenspekulationen gehören unterbunden, Grünflächen sollen erhalten werden. Die EStAG gehört wieder in Landeseigentum!

7. Kinder

Kindergärten und -krippen müssen kostenlos sein und über genug Plätze verfügen.

8. Jugend und Bildung

Die KPÖ ist für eine gemeinsame Schule bis 14 Jahre. Bildung muss für alle möglich sein; ohne Einschränkungen.

Typisch steirisch:



Stur für Gerechtigkeit.



9. Pensionisten

Unser solidarisches Pensionssystem darf nicht privatisiert und von Spekulationen abhängig gemacht werden.

10. Demokratie

Die KPÖ steht für den Erhalt des öffentlichen Eigentums und lehnt Privatisierungen ab. In der Politik gehören das Beraterunwesen abgestellt und die Politbezüge gekürzt.

11. Wohnen

Wohnen muss man sich leisten können: ein gut gefüllter Wohnbautopf und eine brauchbare Wohnbeihilfe sind dafür Voraussetzung.

Die einen schufteten, die anderen werden reich



unser Land wurde nicht von Bankern und Managern aufgebaut.

Alles Wichtige im Land gehört in öffentliche Hand

Wasser
Energie
Verkehr
Pflege
Bildung
Gesundheit



Claudia Klimt-Weithaler